Nr. 132. 19. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Donnerstag, den 8. Juni 1905.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: **Süd-St. Pauli** bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. **Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. **St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn** und **Schiffbeck** bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. **Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder** und **Veddel** bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. **Eilbeck, Wandsbeck** und **Hinschenfelde** bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. **Altona** bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen

Hierzu eine Beilage.

Die Herren Diplomaten.

Fürst Bülow hat noch als Graf im preußischen Herrenhause, um der scharfmacherischen Junkerschaft gefällig zu sein, das rote Gespenst aufsteigen lassen. Er meinte, der Kampf mit der Sozialdemokratie könne kommen, aber er müsse im richtigen Augenblick, mit den richtigen Waffen und auf dem richtigen Felde geführt werden. Diese tiefe und geheimnisvolle Weisheit beweist nur, daß der Reichskanzler auch ein Zögling der alten staatsmännischen Schule ist. Wenn er von „dem“ Kampfe gegen die Sozialdemokratie spricht, so meint er natürlich nicht den gegenwärtigen, den Staat und Gesellschaft gegen die Arbeiterbewegung führen, sondern jenen auch von Bismarck, Eulenburg, Hammerstein und anderen ersehnten Straßenkampf, bei dem die Sozialdemokratie von der überlegenen Militärgewalt niedergeschmettert wird. Möge dem Reichskanzler, der auf diesen Kampf wartet, die Zeit nicht zu lang werden, wie Bismarck, der auch zwölf Jahre lang vergeblich auf denselben gewartet hat.

Es würde für die Interessen des Deutschen Reiches viel förderlicher sein, wenn der Herr Reichskanzler die Spezialwünsche der ostelbischen Junker etwas mehr bei Seite lassen und sich vornehmlich um diejenigen Dinge kümmern wollte, an deren Weiterentwicklung die Augen der ganzen Welt hängen.

Die Weltlage ist eine ganz veränderte geworden. Rußlands herrschende Gewalten sind niedergeworfen. Daraus würde sich für eine Regierung, die im Interesse des deutschen Volkes die Situation ausnutzen will, die Pflicht ergeben, auf eine Verständigung mit den Mächten hinzuwirken, um eine Abrüstung herbeizuführen. Denn die Rüstungen sind doch nur durch die stets drohende russische Gefahr in die jetzige Höhe getrieben worden, so daß ihre Kosten die Finanzen zerrütten. Wenn das alte despotische Regiment in Rußland bestehen bliebe, so könnte es zur Zeit keinen Krieg führen, da es kein Geld, keine Flotte und kein genügendes Heer hat. Wenn aber ein neues Rußland mit modernen Staatseinrichtungen entsteht, so ist ein Krieg erst recht nicht zu erwarten, es sei denn, daß dies neue Rußland von einer reaktionären Macht angegriffen würde.

Statt dessen hören die bedauernden Kundgebungen anläßlich der russischen Niederlagen bei unseren herrschenden Klassen nicht auf. Daß es deutsche Kosakenblätter gibt, bei denen der russische Rubel eine Rolle spielt, ist offensichtlich; welches Interesse hätten diese sonst daran gehabt, die russischen Niederlagen so lang wie möglich zu verschleiern? Und dieses Pack nennt sich auch noch „Patrioten“!

Nun wird dazu noch ein anderes Spiel getrieben. Einzelne Blätter behaupten nämlich, Rußland werde nun seine Eroberungspläne im Osten aufgeben und sich mit aller Macht wieder gegen Westeuropa wenden. Das ist natürlich eine Spiegelfechterei, aber sie geht von jenen Kreisen aus, die unablässig Heer und Flotte vermehren wollen, in dem Wahne, eines schönen Tages die Vorherrschaft Englands auf dem Meere brechen und daran noch allerlei Eroberungen auf dem Lande knüpfen zu können. Man sieht, wie die herrschenden Klassen sich jeder ernsthaften Friedenspolitik feindlich in den Weg stellen, und dies Treiben ist um so bedenklicher, als ja die nächste Zeit brennende Fragen und Verwirrung genug bringen kann.

Das offizielle Rußland gebärdet sich, als ob es niemals mit Japan Frieden schließen werde. Nun, je tiefer sich das Zarentum hineinrennt, desto besser; der alte Despotismus wird um so eher der Gewalt der Tatsachen weichen müssen. Der Friede muß eben doch einmal kommen. Und dann wird es sich darum handeln, wie er geschlossen wird.

Wir haben gleich jedermann die Tapferkeit der Japaner und ihre geniale Führung bewundert, wenngleich wir dabei nie vergessen haben, den Krieg mit seinen Barbarismus zu verurteilen. Daß die Japaner die russische Macht zertrümmert haben, kommt der ganzen Kulturwelt zu gute. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß auch das japanische Reich ein Klassenstaat ist. Die japanische Politik wird in reaktionärem Sinne geleitet und der Krieg wird nunmehr auch für die Japaner ein Eroberungskrieg werden. Sie besinnen sich nun auf ihre „nationalen“ Gesichtspunkte. Ihre herrschenden Klassen wollen Expansion; sie wollen neue Absatz- und Ausbeutungsgebiete sich erschließen. Und da können auch für Deutschland sich unangenehme Konsequenzen ergeben.

Deutschland hat bekanntlich das „berühmte“ Gebiet von Kiautschou von China auf 99 Jahre „gepachtet“. Dieser sonderbare Vertrag, bei dem Rußland als der Gebieter Chinas sich aufspielte, erregte gleich die lebhaftesten Bedenken; man befürchtete, daß diese „Pachtung“ leicht zu internationalen Verwicklungen führen könne. Aber der Reichskanzler pries bekanntlich damals die Erwerbung dieses „Platzes an der Sonne“ mit all seiner Beredsamkeit an. „Fürchten Sie gar nichts!“ rief er mit aller seiner Zuversicht aus. Nun, dies Kiautschou hat uns eine erkleckliche Anzahl von Millionen gekostet und wird uns noch viele kosten; irgend einen Nutzen haben wir davon nicht gehabt und auch die amtlichen Denkschriften konnten nur auf eine ganz unsichere Zukunft verweisen. Nun aber trifft ein, was man seinerzeit mit guten Gründen vorhergesagt hat. Die japanische Presse hat angedeutet, die „Pachtzeit“ müsse abgekürzt werden, da die Japaner von ihren nationalen Gesichtspunkten aus die ganze Kiautschouaffäre als eine Machination Rußlands betrachteten, die bezweckte, das Deutsche Reich dauernd in die diplomatische Gefolgschaft Rußlands zu versetzen. Beim Friedensschlusse wird die japanische Diplomatie zweifellos auf diesen heiklen Punkt zurückkommen. Nun wollen bei der Friedensfrage aber auch Nordamerika, England und Frankreich mitsprechen und ihre „Interessensphären“ abgrenzen. In einem rheinischen Blatte wird angedeutet, die Japaner könnten Lust bekommen, eine ostasiatische Monroedoktrin zu proklamieren, nachdem sie die Russen vertrieben. Danach sollten die europäischen Mächte ihre Besitzungen auf dem ostasiatischen Gebiete innerhalb der japanischen Interessensphäre aufgeben. Wir halten ein solches Vorgehen Japans zwar nicht für wahrscheinlich, aber doch nicht ganz für ausgeschlossen. Man muß sich mit dem Gedanken beschäftigen, daß auch bei den Japanern, so besonnen sie sonst auch sein mögen, nach dem Siege der niemals ausbleibende Siegerhochmut kommen wird. An Widerwillen und Vorurteilen gegen die weiße Rasse hat es der gelben so wenig gefehlt, wie der weißen gegen die gelbe, und die gegen die Rassenvorurteile gerichteten Strömungen sind in Ostasien sehr schwach.

Es wird also für die Herren Diplomaten genug zu tun geben, wenn sie verhüten wollen, daß aus der Verwirrung in Ostasien weiteres Unheil hervorgeht. An den ostasiatischen Wirren ist aber die Sozialdemokratie ganz unschuldig und das Losfahren gegen dieselbe von seiten des leitenden Staatsmannes ist vollkommen deplaciert, wenn es auch im übrigen uns vollkommen kalt läßt. Dem deutschen Volke wäre dagegen ein großer Gefallen getan, wenn die deutsche Politik nicht im Schlepptau Rußlands sich bewegen würde.

Wir predigen freilich tauben Ohren und wir können deshalb nur hoffen, daß die russische Volksbewegung zu ihrem Ziele gelangt und damit die Netze der Herren Diplomaten zerschneidet.

Von der Weltbühne.

Das Reichsparlaments-Elend, welches anläßlich des plötzlichen Schlusses der Session so recht scharf in die Erscheinung getreten ist, gibt selbst den „Leipziger Neuesten Nachr.“ Veranlassung zu einer Philippika voll sittlicher Entrüstung. Das sonst so kläglich patriotisch zahme Blatt schreibt:

„„Man predigt wohl viel, aber sie halten es nicht; man sagt ihnen genug, aber sie wollen es nicht hören,“ also heißt es beim Propheten Jesaias. Schließlich liegt doch jeder nur so, wie er sich bettet. Hat denn der Reichstag in all den fünfzehn Jahren, in denen die Tendenz der Krone hervortrat, einen patriarchalischen, nicht nur aus der Gedankenwelt der Romantik geborenen Absolutismus zu stabilisieren, auch nur einmal Rücksicht genommen auf die Zeichen der Zeit? Hat er nicht all den großen, für unsere Geschichte entscheidenden Ereignissen mit dem bequemen Fatalismus des Moslems zugeschaut? Mag die Welt zusammenhalten oder in Schutt zerfallen: der Reichstag bleibt unberührt. . . . Er sah Kanzler und Minister kommen und gehen, er sah, wie die Zeiten sich wandelten und ganz neue Tendenzen den Sieg erfochten, er vernahm Reden, wie sie niemals zuvor vernommen wurden, und er hüllte sich in den unzulänglichen Mantel ängstlichen Schweigens. Nicht immer wird erhöht, der sich selbst erniedrigt. Ja, es geschieht, daß, wer sich erniedrigt, auch von anderen mißachtet wird. . . . Schließlich sind im Laufe der Jahre der Worte genug gewechselt worden, man möchte auch einmal Taten sehen. Der Reichstag hat Fragen, denen er die höchste Bedeutung beilegte, immer wieder verhandelt, ohne daß auch nur ein schlichter Kommissar am Regierungstisch erschien, er hat noch am letzten Tage Anklage gegen eben diese Regierung wegen Bruchs der Verfassung erhoben, ohne den schönen Gleichmut der Ministerseelen zu stören: Hat er jemals gegen solche Nichtachtung kräftig remonstriert? Er hat sich den Maulkorb umlegen lassen, wenn es galt, Stellung zu nehmen gegen kaiserliche Kundgebungen, die das ganze Volk erregten, und er hat sich den Präsidenten, der solcher Auffassung Träger war, immer wieder gewählt. Wer sich einen Hofmann zum Führer wählt, will selber Höfling sein. Warum hat man nicht das freie Recht der Antwort auch auf Kaiserreden proklamiert? Warum hat man auf jene Nichtachtung nicht damit erwidert, daß man sich einfach vertagte, mit der Erklärung, in Abwesenheit der Minister nicht verhandeln zu wollen? Warum wird man sich auch im Herbst nicht entschließen, die Session mit einer energischen Interpellation darüber zu eröffnen, aus welchen Ursachen und nach welchen Grundsätzen jetzt die plötzliche Schließung des Reichstages erfolgt ist? Warum wagt man es nie, den Ministern die Waffe der Etatsverweigerung auch nur von fern zu zeigen? Man redet tausend Stunden, um nichts zu sagen.“

In diesen Zeilen liegt eine schwere Anklage gegen die Mehrheitsparteien, aber ebenso eine Rechtfertigung der Sozialdemokratie. Sie allein hat im Reichstage sich aufgelehnt gegen den das Recht des Parlamentes beschränkenden Unfug, es als streng inne zu haltenden „Usus“ zu erachten, „die Person des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen“. Und sie hat den Präsidenten, der sich durch Beugung der Rechte des Reichstages hervorgetan, nicht wieder gewählt. Die Etatsverweigerung, die heute für die Sozialdemokratie nur den Charakter einer Demonstration gegen das reaktionäre Gewaltsystem haben kann, würde eine Waffe sein, wenn es bürgerliche Parteien gäbe, die fähig und gewillt wären, mit der Sozialdemokratie gemeinsam durch Etatsverweigerung dem Willen des Reichstages Geltung zu verschaffen. Aber solche Parteien gibt es nicht. Daß der Liberalismus so entsetzlich entartet und verkümmert ist, daß die reaktionären Gewalten auf dem Gebiete der parlamentarischen Aufgaben ihn nicht mehr ernst nehmen — daran ist die liberale Presse in hohem Grade mitschuldig; sie hat stetig den Geist der Erbärmlichkeit genährt und verteidigt, der den Parlamentarismus auf den Hund gebracht hat.

Tabakgewerbe und Tabakbesteuerung. Am Montag trat in Berlin die Jahreshauptversammlung des Deutschen Tabakvereins zusammen. Aus dem vom Syndikus Schloßmacher-Frankfurt a. M. erstatteten Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der „Deutsche Tabakverein“ sich fortgesetzt mit der Vorbereitung einer Abwehr der zu erwartenden neuen Steuerforderungen für das Tabakgewerbe beschäftigt und auf Grund überzeugenden Materials, welches er zur rechten Zeit an maßgebender Stelle vorzulegen und der Oeffentlichkeit mitzuteilen gedenkt, der Ueberzeugung zum Durchbruch zu verhelfen hofft, daß man dem Tabakgewerbe, ohne es auf Jahrzehnte hinaus schwer zu schädigen und namentlich die Erwerbsverhältnisse der darin beschäftigten rund 200 000 Arbeitskräfte erheblich zu beeinträchtigen, neue Lasten nicht zumuten darf. Redner trat auch der Behauptung entgegen, daß die Vertretungen des Tabakgewerbes sich bis jetzt stets gegen jede Besteuerung gewehrt hätten, indem er darauf hinwies, daß die jetzigen Zoll- und Steuersätze und das jetzt in Kraft befindliche Steuergesetz im Jahre 1879 in der Hauptsache nach den Vorschlägen der Vertretung des Tabakgewerbes gestaltet worden seien.

Die nationalliberale Wahltaktik in Hameln-Springe, nämlich die Auszahlung von dreißig Silberlingen an einen welfischen Vertrauensmann, damit er seine Parteigenossen veranlasse, bei der Stichwahl für den nationalliberalen Kandidaten zu stimmen, wird natürlich von den Nationalliberalen bestritten. So behauptet der „Hann. Courier“: „Uns hat Herr Bürgermeister Hausmann (der nationalliberale Kandidat) auf unsere telephonische Erkundigung die ganze Sache mit größter Entschiedenheit als eine haltlose Verdächtigung bezeichnet, die in einem im Wahlkreise zu verbreitenden Flugblatte aufs schärfste zurückgewiesen würde.“

Sehr gut! Nun hat aber derselbe Herr Hausmann erklärt, er beabsichtige die ℳ 30, falls sie ihm zugestellt würden, den Armen zuzuweisen!

Weswegen diese Freigebigkeit? Und wer ist denn der eigentliche rechtmäßige Besitzer der dreißig Silberlinge, über die zu verfügen der nationalliberale Kandidat das Recht sich nimmt?

Die Welfen bleiben übrigens bei der Behauptung, daß die ℳ 30 dem Vertrauensmann mit dem erwähnten Ansinnen übergeben worden seien.

Das Ergebnis der Ersatzwahl vom 30. Mai im 9. hannoverschen Wahlkreise ist nunmehr amtlich ermittelt. Danach wurden abgegeben 25 743 Stimmen (gegen 26 562 Stimmen bei der Hauptwahl vom 16. Juni 1903). Davon sind für ungültig erklärt worden 91 Stimmen. Von den gültigen 25 652 Stimmen sind gefallen auf Brey 8703, auf Hausmann 8188, auf Oberamtmann Rehren 3746, auf Lenthe-Schwarmstedt 5008; zersplittert sind 7 Stimmen.

Auf einen ministeriellen Geheimfonds, der dem Kampf gegen die Arbeitersekretariate dienen soll, macht unser Bochumer Parteiblatt aufmerksam.

In der 137. Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses, bei der Beratung des Handels- und Gewerbeetats, regte der Titel 16 die Dreiklassenmänner zu einiger Aussprache an. Es handelt sich um ℳ 50 000, die der Minister schon im Vorjahre gefordert und bewilligt erhielt für die Unterstützung solcher Einrichtungen, die der „Rechtsberatung des einfachen Mannes“ dienen. Um schönklingende Namen ist man nie verlegen im Lager der Reaktionäre.

Der Berichterstatter Abg. Beuchelt wünschte diesem Fonds noch größere Mittel zugeführt. „Der Etatsposten ist selbst noch nicht genügend bekannt geworden“, sagte Herr Beuchelt. Merkwürdig, sonst weiß man doch „Wohlfahrtseinrichtungen“ lauthallend bekannt zu machen im Lande, und dieser bisher noch nicht bekannt gewordene Geheimfonds von ℳ 50 000 soll doch auch „Wohlfahrtseinrichtungen“ dienen! Die Geschichte ist doch recht verdächtig.

Zum Glück hing der vortreffliche Herr Theodor Möller, Handelsminister, der Katze in gewohnt geschickter Weise die Schelle an.

Zunächst sprach der Junker Abg. v. Arnim-Züsedom seine Anerkennung dem Plane aus, den „minderbemittelten Klassen“ die wegen der verzwickten Sozialgesetzgebung notwendige „unentgeltliche Rechtsbelehrung“ zu geben. Selbstverständlich dürfe diese den Rechtsanwälten „in keiner Weise Abbruch tun!!!“ Den Kommunen sei zu empfehlen, „ungefähr den Weg einzuschlagen, den die Sozialdemokratie einschlug“. Damit könne „ein Wall gegen die Sozialdemokratie“ aufgerichtet werden.

Nun sprach Theodor Möller selbst, bedankte sich für die Bereitwilligkeit, mit der das „hohe Haus“ ihm den bisher noch nicht bekannten Geheimfonds später erhöhen wolle. Bisher seien die bewilligten Mittel noch nicht ganz in Anspruch genommen worden. Aber er könne die Mitteilung machen, daß jetzt mit zwei Großstädten und acht Mittelstädten Verhandlungen angeknüpft wären zwecks Verwendung der Geheimfondsmittel zur „Rechtsberatung für die minderbemittelten Klassen“! Auch mit „zwei freien Vereinen“ (!?) seien vom Minister dahingehende Verhandlungen angeknüpft, so daß im nächsten Etat vielleicht schon mehr Mittel für den Zweck eingestellt werden müßten. Welchen Zweck verfolgt der Geheimfondsverwalter? Herr Möller sagt es mit folgenden Worten und fand volle Zustimmung des sattsam berühmten Scharfmachers Freiherrn v. Zedlitz-Neukirch: „Die propagandistische Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei durch die Rechtsberatung ist ungemein umfangreich, ungemein intensiv und ungemein wirkungsvoll, und wir begehen eine schwere Nachlässigkeit, wenn wir diesem Bedürfnis nicht auf andere Weise entsprechen.“

Das sind recht wertvolle Geständnisse. Der Minister gesteht ein, daß die ℳ 50 000 zur Unterminierung der von der organisierten Arbeiterschaft unter großen Opfern ins Leben gerufenen Arbeitersekretariate benutzt werden sollen. Herr Möller stellt unseren Arbeitersekretariaten das Zeugnis aus, sie arbeiteten „ungemein wirkungsvoll“, worüber dankend quittiert sei. Aber der kluge Herr Minister beschuldigt zugleich die Staatsbehörden einer schweren Pflichtverletzung, denn es wäre ihre Pflicht gewesen, den unbemittelten Klassen unentgeltliche Rechtsberatung zu teil werden zu lassen! Was die Staatsbehörden versäumt, das haben die organisierten Arbeiter wieder wett gemacht, so viel in ihren Kräften stand. Unsere Arbeitersekretariate üben also Funktionen aus, die eine sozialpolitisch handelnde Staatsverwaltung auszuüben verpflichtet ist, wie Herr Möller eingesteht. Wieder ein Beweis, daß die Sozialdemokratie in hervorragendem Maße praktische soziale Arbeit leistet.

Da kommt nun der Minister Möller und will nicht etwa die segensreich wirkenden Arbeitersekretariate unterstützen, sondern er beabsichtigt diesen anerkannt vorzüglichen Institutionen aus den Mitteln seines Geheimfonds die Tätigkeit zu erschweren. Die ministerielle Absicht geht dahin, die Schöpfungen der Arbeiterschaft zu zerstören, dazu sind ihm Gelder, die das steuerzahlende Volk aufbringt, zur Verfügung gestellt. Fürwahr, ein Stückchen „preußischer Sozialreform“, welches diese „Sozialreform“ dem Gespötte der ganzen Welt preisgeben muß. Sind doch aus unseren Arbeitersekretariaten Institute geworden, die sich die höchste Anerkennung der hervorragendsten Sozialpolitiker des In- und Auslandes erworben haben.

Wenn nun auch das Süppchen des Herrn Ministers Möller schon angebrannt ist, bevor er es auf sein Feuerchen stellt, so dient doch zur Klärung der Situation, daß wir den „bisher noch nicht hinreichend bekannten“ Geheimfonds des Ministers gegen Sozialreform der breitesten Oeffentlichkeit hiermit vorstellen.

In der Metropole des Zentrums, dem „heiligen Köln“, hat eine gewaltige Demonstration gegen das Zentrum wegen seiner Haltung in der Bergarbeiterschutzfrage stattgefunden. In acht großen Volksversammlungen wurde folgende Resolution beschlossen:

„Die am 5. Juni abgehaltene zahlreich besuchte Volksversammlung erklärt: Die Bergarbeiterschutznovelle der preußischen Regierung wurde selbst den bescheidensten Anforderungen eines wirksamen Bergarbeiterschutzes nicht gerecht. Im preußischen Abgeordnetenhause ist die Novelle unter Zustimmung und tätiger Mithülfe des Zentrums noch außerordentlich verschlechtert und derart umgestaltet worden, daß sie eher die Bezeichnung eines Bergwerksbesitzerschutzgesetzes als eines solchen zum Schutze der Bergarbeiter verdient. Diese Haltung des Zentrums muß als arbeiterfeindlich bezeichnet werden, und dieser Verrat der Bergarbeiter durch das doppelzüngige Zentrum ist ein erneuter Beweis dafür, wie diese Partei unter dem Vorgeben, die Interessen aller Klassen, namentlich auch der Arbeiterklasse, wahrzunehmen, die Arbeiterinteressen verrät und die Arbeiter betrügt. Die Versammlung ist überzeugt, daß nur von der sozialdemokratischen Partei eine zuverlässige Vertretung der Arbeiterinteressen zu erwarten ist.“

Die Auswanderung der deutschen Industrie in das Ausland infolge der agrarisierten Handelsverträge macht weitere Fortschritte. Der „Voss. Ztg.“ werden aus Sachsen folgende Fälle mitgeteilt:

Aus Buchholz i. Erzgebirge wird gemeldet, daß der dortige Großindustrielle Kommerzienrat Kunze demnächst in der böhmischen Grenzstadt Weipert eine Zweigniederlassung seiner Fabrik für Papp-Prägeartikel errichten wird, weil die neue Zollgesetzgebung eine weitere Ausfuhr nach Oesterreich kaum noch möglich erscheinen läßt. Auch die Prägefabriken von F. O. Brauer und von H. W. Gutberlet wandern von Buchholz mit einen Teil ihres Betriebes nach Oesterreich aus. So wird jetzt von Sachsen ein neuer Industriezweig nach Böhmen verpflanzt, weil ihm im Industriestaat Sachsen infolge der verfehlten agrarischen Zollgesetzgebung der Nährboden entzogen wurde. Waren können die Prägefabriken nicht mehr ausführen, und deshalb führen sie jetzt ihr Kapital und ihre Arbeiter aus!

Anschluß der Elsaß-Lothringer an das Zentrum. Aus Straßburg wird der „Germania“ geschrieben: Reichstagsabgeordneter Wetterlé veröffentlicht in seinem „Journal de Colmar“ die Rede, die er bei dem Festmahl des Zentrums in Berlin gehalten hat, im ausführlichen Text. Die wesentliche Stelle, betreffend die Frage des Zentrumsanschlusses, lautet: „Am Tage, an dem wir unsere volle Autonomie erhalten haben und dem Reiche als vollkommener Bundesstaat angehören, wird die letzte Schranke gefallen sein, und das Zentrum wird keine ergebeneren Anhänger zählen, als die Katholiken Elsaß-Lothringens.“

Dicke Freundschaft zwischen beiden Elementen besteht ja schon von jeher. Die Wetterlé und Konsorten waren immer schon wenigstens ein Anhängsel des Zentrums.

Der leitende Gedanke der Personentarifreform wird jetzt in einer offiziösen Auslassung nicht als Verbilligung sondern als „Vereinfachung“ bezeichnet. Das heißt: es ist nicht darauf abgesehen, durch Herabsetzung der Eisenbahnfahrpreise den Verkehrsinteressen Rechnung zu tragen. Die Staatsbahnen sollen auch ferner die milchende Kuh der Finanzen bleiben. Deshalb hatte man sich schon allgemein damit abgefunden, daß eine Verbilligung der einfachen Fahrt unter die Hälfte der Rückfahrkarten hinab nicht eintreten soll. Eine fachmännische Betrachtung aber weist darauf hin, daß die ganze „Reform“ mit so großer Plusmacherei bepackt ist, daß man zwar von einer Vereinfachung, aber zugleich von einer Verteuerung des Personentarifs sprechen muß. Eine offiziöse Auslassung bestätigt, daß zwar die Zuschläge für die D-Züge fallen sollen, aber nur um als Zuschläge für sämtliche schnellen Züge wieder aufzuleben. Wie hoch diese Zuschläge sein sollen, wird nicht gesagt; man weiß aber längst, daß sie, nach Zonen abgestuft, für die dritte Klasse ℳ 0,25, 0,50, 0,75 und 1,— und für die zweite Klasse das Doppelte betragen sollen. Man will damit angeblich verhüten, daß die nicht sehr zahlreichen Plätze in den schnellen Zügen für den Lokalverkehr verbraucht werden, obwohl es doch auf der Hand liegt, daß Schnellzüge, die nur an großen Stationen halten, für den Lokalverkehr überhaupt nicht in Betracht kommen können. Tatsächlich handelt es sich denn auch bei diesem Schnellzugszuschlage um eine direkte Verteuerung der Reise. Und nicht anders liegt es bei dem Wegfall von Freigepäck; künftig soll alles aufgegebene Gepäck bezahlt werden, wenn auch mit „erheblich niedrigeren Sätzen, als sie jetzt in Preußen-Hessen für Ueberfracht zu entrichten sind“. Daß die Sätze niedriger werden, ist erfreulich; aber da eben die 25 Kilo hinzugeschlagen werden, die heute frei sind, so liegt es auf der Hand, daß in den meisten Fällen die Gebühr für Gepäck in Zukunft gleichfalls bedeutend höher sein wird als bisher. Diese beiden Schönheitsflecken, die Zonenzuschläge und die Beseitigung des Freigepäcks, entwerten die ganze Personentarifreform, ja sie stempeln sie direkt zu einem Rückschritt auf dem Gebiete des Personenverkehrs. Man kann deshalb allen Korporationen, die an dem Verkehr auf den Eisenbahnen interessiert sind, nur empfehlen, so nachdrücklich wie möglich gegen diese Afterreform zu protestieren; der Bund der deutschen Verkehrsvereine ist ja bereits mit gutem Beispiele vorangegangen.

Urlaub für Postbeamte. An Stelle der bisherigen Vorschriften über die Erteilung von Urlaub durch die Oberpostdirektionen sind, wie das „Amtsblatt des Reichspostamts“ mitteilt, neue Bestimmungen getreten, denen wir folgendes entnehmen: Die Oberpostdirektionen können etatsmäßig angestellten Beamten unter Uebernahme der etwa entstehenden Stellvertretungskosten auf die Postkasse in jedem Rechnungsjahr zur Erholung bis zu 14 Tagen Urlaub erteilen, wenn sie nicht über 45 Jahre alt sind; bis auf 3 Wochen für das Alter von 45 bis 60 Jahren und bis auf 4 Wochen an ältere Beamte. Der Erholungsurlaub kann um 7 Tage verlängert werden, wenn dadurch Mehrkosten für die Postkasse nicht entstehen. Höhere Beamte können einen Erholungsurlaub bis zu 4 Wochen erhalten, doch dürfen Vertretungskosten für höchstens 3 Wochen entstehen. Nicht etatsmäßig angestellte Postpraktikanten, Post- und Telegraphenassistenten sowie nicht voll beschäftigte, nicht zu den Berufsbeamten gehörende Postverwalter erhalten bis auf 10 Tage, ferner in besonders begründeten Fällen Post- und Telegraphengehülfen, Post- und Telegraphenanwärter, Hülfsmechaniker, sowie diejenigen Postagenten und Telegraphenverwalter im Nebenamte, die für ihre Vertretung nicht selbst sorgen können, bis auf 7 Tage Erholungsurlaub. An etatsmäßig angestellte Unterbeamte können erteilt werden, wenn sie über 45 Jahre alt sind, bis auf 14 Tage, sonst bis auf 10 Tage. Für Postboten, sowie Postillone der reichseigenen Posthaltereien, wenn sie mehr als 5 Jahre anstellungsberechtigende Dienstzeit haben, und in besonders begründeten Fällen auch an die übrigen sind 7 Tage vorgesehen. Wenn keine Stellvertretungskosten auf die Postkasse zu übernehmen sind, oder der zu Beurlaubende für die Dauer des Urlaubs auf sein Diensteinkommen verzichtet, kann an alle nachgeordneten Beamten und Unterbeamten bis auf 3 Monate Urlaub erteilt werden. Zu Kuren zur Wiederherstellung der Gesundheit kann an alle nachgeordneten Beamten und Unterbeamten Urlaub bis auf 6 Wochen gegeben werden.

Die neue Wahlkreiseinteilung in Bayern, von welcher die verschiedenen Parteien bald Vorteil, bald Nachteil erwarten und deren voraussichtliche Wirkung schon besprochen wurde, ehe noch über die Absichten der Regierung etwas bekannt war, ist jetzt herausgekommen. Durch die heute veröffentlichte neue Wahlkreiseinteilung wurden im ganzen acht bisher durch je vier Abgeordnete und sechs bisher durch je drei Abgeordnete vertretene Wahlkreise, zusammen somit 14 Wahlkreise, geteilt, während die übrigen unverändert bleiben. Die Gesamtzahl der Wahlkreise steigt von 63 auf 77; die Zahl der Abgeordneten bleibt wie bisher 159. Die von der Teilung betroffenen Wahlkreise sind die bisherigen Wahlkreise Rosenheim, Pfarrkirchen, Speyer, Neustadt a. d. Haardt, Zweibrücken, Kaiserslautern, Bayreuth, Hof, Kulmbach, Ansbach, Neustadt a. d. Aisch, Weißenburg, Würzburg 2 und Kempten.

Der liberale Block in Baden, der sich für die Landtagswahlen aus den Nationalliberalen, Freisinnigen und Volksparteilern gebildet hat, besteht auf grund eines förmlichen Kontraktes in fünf Artikeln. Der Hauptinhalt ist, daß der „Besitzstand“ gewahrt werden soll. Die Kreise werden hübsch unter die einzelnen Parteien verteilt. Jetzt fragt sich nur, ob die Sozialdemokratie und das Zentrum nicht einen bösen Strich durch die schöne Rechnung machen und dem Block einen beträchtlichen Teil des „Besitzstandes“ abnehmen werden.

Die Höhe der Fleischpreise ist gegenwärtig eine solche, wie sie seit einem halben Jahrhundert nicht zu verzeichnen gewesen ist. Das ist die Frucht der agrarischen Grenzsperrpolitik. Besonders auffällig ist die künstliche Hinaufreibung der Fleischpreise in den letzten zehn Jahren, in denen die Agrarier so viele Konzessionen von seiten der Regierung gemacht erhielten. Es betrug der Preis pro Doppelzentner in Mark für

	Rinder	Schweine	Kälber	Hammel
1895	119,0	90,1	112,8	109,5
1896	112,2	86,2	107,8	102,6
1897	113,1	105,0	115,3	104,8
1898	113,3	111,3	119,7	108,4
1899	115,9	94,8	132,5	110,0
1900	119,1	95,5	128,5	112,3
1901	117,3	112,0	123,0	112,9
1902	121,4	118,8	130,2	120,8
1903	129,0	99,7	139,6	132,9
1904	131,5	98,0	139,2	127,2
Durchschnitt für Jan./April 05	131,2	116,1	140,1	122,0

Nach diesen amtlichen Notierungen waren die Rinderpreise im Durchschnitt des Jahres 1904 zwar ein klein wenig höher als augenblicklich, aber mit Ausnahme des Jahres 1904 reichte kein anderes Jahr an die Höhe der jetzigen Preise heran. Die Schweinepreise gingen nur im Jahre 1902 über den jetzigen Stand hinaus. Die Preise für Hammel waren in den beiden Vorjahren höher als gegenwärtig. Dagegen haben die Kälberpreise noch nie so hoch gestanden wie augenblicklich. Für alle vier Schlachtviehgattungen zusammengenommen ergibt sich aber, daß seit 1895 das Preisniveau zur Zeit am höchsten ist.

Auch im Vergleich mit früheren Perioden kann behauptet werden, daß die gegenwärtigen Preise überhaupt noch nicht dagewesen sind. Für Deutschland kann die Bewegung der Schlachtviehpreise etwa bis 1850 zurück einigermaßen vergleichbar verfolgt werden. Bei einem solchen Vergleich findet sich kein einziges Jahr, in dem der Durchschnitt für die erwähnten vier Schlachtviehgattungen auch nur annähernd an den jetzigen Preisstand herangereicht hätte. Steht nun aber die Tatsache fest, daß wir in Deutschland augenblicklich Schlachtviehpreise haben, wie sie im letzten Halbjahrhundert niemals zu beobachten waren, so läßt sich nicht länger bestreiten, daß das Angebot sehr knapp, die Nachfrage dagegen auf dem Viehmarkt ziemlich stark ist. Damit wäre aber bewiesen, daß trotz aller Einwände in Deutschland zur Zeit ein Vieh- resp. Fleischmangel besteht, den die deutsche Landwirtschaft nicht beheben kann, so oft dies auch die agrarischen Organe dem deutschen Volke vorlügen.

Zum Konflikt zwischen Norwegen und Schweden wird der Kopenhagener „Nationaltidende“ aus Christiania gemeldet, dort herrsche die bestimmte Auffassung, daß die Auflösung der Union jetzt eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Diese kann nicht geschehen, ohne daß die jetzige norwegische Königsmacht beseitigt oder für einige Zeit aufgehoben wird. Vor Ende dieser Woche wird das Storthing Beschlüsse gefaßt haben, die bei ihrem Inkrafttreten tatsächlich die Absetzung des Königs bedeuten. Die Norweger behaupten, daß der König teils durch seine, ohne Gegenzeichnung in Stockholm vorgenommene Sanktionsverweigerung, teils durch seine Abwesenheit vom Reiche, die auch bewirkt habe, daß er keinen Versuch gemacht hat, eine Regierung zu bilden, selbst seine Rechte und Pflichten als König Norwegens suspendiert habe. Das Storthing wird gemäß dem § 13 der Verfassung eine verantwortliche Regierung einsetzen, die in Abwesenheit und Verhinderung des Königs im Namen des Königs die Regierung führen soll. Die Notifikation der etwaigen Veränderungen in der staatsrechtlichen Stellung Norwegens wird im Auslande nach der vorherrschenden Anschauung durch Gesandte ad hoc erfolgen, die eine ähnliche Aufgabe wie Washington für die amerikanischen Freistaaten und Thiers 1870 für Frankreich haben werden.